

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 12 | 26.03.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

LIT Law Lab: Online-Tagung

„Crypto-Assets im Recht“. Viele Fragen, viele Antworten. Eine Tagung.

Wir freuen uns, Sie am 27.5.2021, 9.00 bis 19.00 Uhr, virtuell an der JKU Linz zu einer Online-Tagung des LIT Law Lab zum Thema „Crypto Assets im Recht“ begrüßen zu dürfen. Neue Technologien führen immer auch zu neuen rechtlichen Fragestellungen. Nicht anders ist es im Bereich der sogenannten „Crypto Assets“. Es erwartet Sie eine ebenso spannende wie fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema aus Sicht von Wissenschaft und Praxis.

Die Teilnahme an der Tagung ist kostenlos. Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 37/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Ausschreibungsgesetz 1989** geändert wird (Professionalisierung und Beschleunigung des Ausschreibungsverfahrens; Erhöhung der Transparenz der Ausschreibung für die Bewerber im Hinblick auf die geforderten Anforderungen iZm dem künftigen Arbeitsplatz)

[BGBl I 38/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz – K-SVFG** und das **22. COVID-19-Gesetz** geändert werden (Erhöhung der Dotierung der bereits etablierten Instrumente der Überbrückungsfinanzierung für selbständige Künstler sowie des Covid-19-Fonds im Künstler-Sozialversicherungsfonds, die zur Abfederung von Corona bedingten Einnahmenausfällen von Künstlern sowie Kulturvermittlern eingerichtet wurden)

[BGBl I 39/2021](#)

Bundesgesetz über die Absicherung des österreichisch-jüdischen Kulturerbes (**Österreichisch-Jüdisches Kulturerbe-gesetz – ÖJKG**) (Realisierung einer gesetzlich verankerten jährlichen finanziellen Zuwendung des Bundes an die Israelitische Religionsgesellschaft in Österreich als gesamthafte Repräsentantin jüdischen Lebens)

[BGBI I 40/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Errichtung eines Härtefallfonds (**Härtefallfondsgesetz**) geändert wird (Erweiterung der Anspruchsberechtigung von neuen Förderungsprogrammen auf jene gewerblichen touristischen Vermieter und sonstigen touristischen Vermieter, die aus dieser Tätigkeit Einkünfte gem § 28 EinkommenssteuerG erzielen und dafür Nächtigungsabgaben abführen)

[BGBI I 41/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977** geändert wird (Schutz von selbständig Erwerbstätigen, die während der Betriebsschließung eine Leistung aus der Arbeitslosenversicherung beziehen, aber aus der Pflichtversicherung in der Pensionsversicherung nach dem GSVG für diesen Zeitraum nicht ausscheiden können, vor späteren Rückforderungen)

[BGBI I 42/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitsmarktservicegesetz** geändert wird (Erzielung einer Übereinstimmung mit dem BundesministerienG)

[BGBI I 43/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Förderung von freiwilligem Engagement (**Freiwilligengesetz – FreiwG**) geändert wird (Verlängerung des außerordentlichen Freiwilligen Sozialjahres aufgrund des Andauerns der Pandemie und im Hinblick auf eine Planungssicherheit bis 31. August 2021)

[BGBI I 44/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Mutterschutzgesetz 1979** geändert wird (Verlängerung des Anspruchs auf Freistellung bis zum Sommer 2021)

[BGBI I 45/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Alterssicherungskommissions-Gesetz** geändert wird (Verlängerung der Frist zur Erstattung des sog Langfristgutachtens vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie bis Ende November 2021)

[BGBI I 46/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Medizinproduktegesetz** geändert wird (Vornahme einer redaktionellen Anpassung)

[BGBI I 47/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem die **Bundesabgabenordnung** geändert wird (Entfall des § 323c Abs 18 BundesabgabenO, da die ggst Bestimmung wortgleich ins MedizinprodukteG übertragen wird)

[BGBI I 48/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gesundheits- und Krankenpflegegesetz**, das **MTD-Gesetz**, das **Bundespflegegeldgesetz**, das **Kraftfahrzeuggesetz 1967**, das **Führerscheinengesetz** und das **2. COVID-19-Justiz-Begleitgesetz** geändert werden (Fristverlängerung bestimmter berufsrechtlicher Sonderbestimmungen, um dem Personalengpass für diese Berufe während der Pandemie Rechnung zu tragen)

[BGBI I 49/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das Gesundheitsberuferegister-Gesetz geändert wird (**GBRG-Novelle 2020**) (Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen für eine bessere Vollziehbarkeit sowohl für die Berufsangehörigen als auch für die involvierten Behörden)

[BGBl I 50/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das Ärztegesetz 1998, das Musiktherapiegesetz, das Apothekengesetz, das Kardiotechnikergesetz und das Sanitättergesetz geändert werden (**Berufsanerkennungsgesetz Gesundheit 2020**) (Adaptierungen bzw Ergänzungen zur Umsetzung der RL 2013/55/EU über die Anerkennung von Berufsqualifikationen aufgrund eines Vertragsverletzungsverfahrens)

[BGBl I 51/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Depotgesetz** geändert wird (Schaffung einer „digitalen Sammelurkunde“ für Schuldverschreibungen und Investmentzertifikate, um insb die Digitalisierung und Entbürokratisierung im Finanzdienstleistungssektor voranzutreiben; Erhöhung der Attraktivität des Finanzstandorts Österreich für internationale Marktteilnehmer)

[BGBl I 52/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Gebührengesetz 1957, die Bundesabgabenordnung, das Finanzstrafgesetz, das Alkoholsteuergesetz, das Umsatzsteuergesetz 1994 und das Investitionsprämienengesetz geändert werden (**2. COVID-19-Steuermaßnahmengesetz – 2. COVID-19-StMG**) (Verlängerung von steuerlichen Maßnahmen, die zur Bewältigung der COVID-19-Krise befristet eingeführt und Ende März 2021 auslaufen würden, bis Ende Juni 2021; dies betrifft insb die weitere Gewährung des Pendlerpauschales sowie die steuerfreie Behandlung von Zulagen und Zuschlägen trotz Telearbeit, Quarantäne oder Kurzarbeit)

[BGBl I 53/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über eine COVID-19 Förderung für betriebliche Testungen (**Betriebliches Testungs-Gesetz – BTG**) erlassen wird (Unterstützung für die österreichische Wirtschaft, damit die ökonomischen Abläufe, insb Wertschöpfungs- und Lieferketten, intakt bleiben und die Mitarbeiter geschützt werden; Förderwerber können daher alle Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in Österreich sein; weiters kommen bestimmte berufliche Interessensvertretungen in Betracht)

[BGBl I 54/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz zur Stärkung Österreichs als internationaler Amtssitz- und Konferenzstandort (**Amtssitzgesetz – ASG**) erlassen wird und das **Ausländerbeschäftigungsgesetz**, das **Fremdenpolizeigesetz 2005**, das **Internationale Steuervergütungsgesetz**, das **Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz**, das **Asylgesetz 2005**, das **Staatsbürgerschaftsgesetz 1985** und das **Meldeggesetz 1991** geändert werden (Ausbau des Amtssitzes Wien zu einem Hub für Sicherheit und Nachhaltigkeit mit einem Fokus auf Energie, Entwicklung und Climate Diplomacy; Tätigkeiten von Personengruppen in Internationalen Nichtregierungsorganisationen inkl Quasi-Internationalen Organisationen sollen nun unmittelbar vom Geltungsbereich des Ausländerbeschäftigungsgesetzes ausgenommen werden; Ausstellung des Lichtbildausweises für Träger von Privilegien und Immunitäten wird künftig in § 5 AmtssitzG statt in § 95 des FremdenpolizeiG geregelt)

[BGBl I 55/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Anerkennung des Österreichischen Roten Kreuzes und den Schutz des Zeichens des Roten Kreuzes (**Rotkreuzgesetz – RKG**) geändert wird (Schaffung einer formellen Rechtsgrundlage für die österreichische „Nationale Kommission zur Umsetzung des Humanitären Völkerrechts“)

[BGBl I 56/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Volksanwaltschaftsgesetz 1982** geändert wird (gesetzlich ausdrückliche Klarstellung, dass die Einsetzung der Kommissionen sowie alle damit zusammenhängenden Akte der Volksanwaltschaft, insb die Bestellung und die Abberufung der Mitglieder der Kommissionen, der Gesetzgebung zuzurechnen sind)

[BGBl I 57/2021](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Verbraucherbehörden-Kooperationsgesetz**, das **Telekommunikationsgesetz 2003** und das **Wettbewerbsgesetz** geändert werden (Schaffung eines Rahmens für die Zusammenarbeit im Bereich der Verbraucher-Rechtsdurchsetzung, um die Einhaltung der Verbrauchervorschriften innerhalb der EU zu verbessern)

[BGBl II 113/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Verordnung über das Landeverbot für Luftfahrzeuge aus dem Vereinigten Königreich, Südafrika und Brasilien** geändert wird

[BGBl II 114/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **COVID-19-Einreiseverordnung** geändert wird

[BGBl II 115/2021](#)

Kundmachung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den **Ausspruch des Verfassungsgerichtshofes vom 25. Februar 2021**, dass § 1 Abs. 1 und § 2 Abs. 1 der Verordnung des Landeshauptmannes von Tirol vom 18. März 2020 nach § 2 Z 2 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, LGBl. für Tirol Nr. 33/2020, gesetzwidrig waren

[BGBl II 117/2021](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamtes beim Bundesministerium für Arbeit, mit der der **Kollektivvertrag Corona-Tests für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der privaten Bildungseinrichtungen zur Satzung** erklärt wird

[BGBl II 120/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (**5. Novelle zur 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung**)

[BGBl II 123/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Verordnung betreffend nähere Bestimmungen über die Durchführung von COVID-19-Tests im niedergelassenen Bereich** geändert wird

[BGBl III 45/2021](#)

Erklärung der Republik Österreich gemäß Art 18 Abs 4 und Art 27 des Zweiten Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die **Rechtshilfe in Strafsachen**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 103 v 24.03.2021, 6](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2021/513 des Rates vom 22. März 2021 zur Gewährung einer vorübergehenden Unterstützung gemäß der Verordnung (EU) 2020/672 für die **Republik Estland** mit dem Ziel, Arbeitslosigkeitsrisiken in der Notlage infolge des **COVID-19-Ausbruchs** zu mindern

[ABl L 104 v 25.03.2021, 1](#)

Richtlinie (EU) 2021/514 des Rates vom 22. März 2021 zur **Änderung der Richtlinie 2011/16/EU** über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

03.03.2021, [V 75/2019 ua](#)

AbgrenzungsVO; ArzneimittelG; Zurückweisung des Antrags auf Aufhebung der Anlage zur AbgrenzungsVO; **Apothekenvorbehalt** dient mehreren im öffentlichen Interesse liegenden Zielen, so ua dem Zweck, eine funktionierende Versorgung der Bevölkerung mit Heilmitteln sicherzustellen; dazu kommt, dass Apotheken zahlreichen öffentlich-rechtlichen, standes- und disziplinarrechtlichen Verpflichtungen unterliegen, die sicherstellen sollen, dass dieses Ziel auch tatsächlich erreicht wird; der Apothekenvorbehalt stellt daher keinen unverhältnismäßigen Eingriff in die **Erwerbsfreiheit** und keinen Verstoß gegen den **Gleichheitsgrundsatz** dar; aus den gleichen Gründen bestehen auch keine Bedenken gegen die Beschränkung des Fernabsatzes von nicht rezeptpflichtigen Arzneimitteln auf Apotheken sowie gegen das Verbot der Abgabe solcher Arzneimittel in Selbstbedienung

09.03.2021, [V 530/2020](#)

COVID-19-MaßnahmenVO; COVID-19-MaßnahmenG; Feststellung der Gesetzwidrigkeit der Wortfolgen „sowie von **Freizeit- und Sportbetrieben**“ und „oder der Benützung von Freizeit- und Sportbetrieben“ in § 1 COVID-19-MaßnahmenVO idF BGBl II 96/2020 wegen Verstoß gegen § 1 COVID-19-MaßnahmenG; der Verordnungsgeber hat es gänzlich unterlassen, jene Umstände, die ihn bei der Verordnungserlassung bestimmt haben, so festzuhalten, dass entsprechend nachvollziehbar ist, warum der Verordnungsgeber die mit dieser Regelung getroffenen Maßnahmen für erforderlich gehalten hat; bei diesem Ergebnis erübrigt sich eine weitere Prüfung, ob die angefochtene Bestimmung auch aus anderen Gründen gesetz- oder verfassungswidrig ist

10.03.2021, [V 573/2020](#)

Wr Contact Tracing VO; Feststellung der Gesetzwidrigkeit des § 1 Z 2 lit. e sowie § 2 der VO des Magistrats der Stadt Wien betreffend **Auskunftserteilung für Contact Tracing** im Zusammenhang mit Verdachtsfällen von COVID-19, ABI der Stadt Wien 41/2020; der von der verordnungserlassenden Behörde vorgelegte Verwaltungsakt, welcher der Erlassung der Wr Contact Tracing VO zugrunde liegt, enthält keinerlei Hinweis auf die Entscheidungsgrundlagen der angefochtenen VO; bei diesem Ergebnis erübrigt sich ein Eingehen auf die Fragen, ob die angefochtenen Verordnungsbestimmungen in § 5 Abs 3 EpidemieG überhaupt eine gesetzliche Grundlage finden sowie ob der am 19. Dezember 2020 eingeführte § 5c leg cit eine verfassungskonforme Verordnungsermächtigung darstellt.

10.03.2021, [V 574/2020 ua](#)

COVID-19-SchulVO; Abweisung von Anträgen auf Aufhebung des § 13 Abs 6 iVm § 34 der COVID-19-SchulVO, wonach der **Unterricht an Schulen** vom 17. November bis 6. Dezember 2020 in **ortsungebundener Form** organisiert war; angesichts der wissenschaftlich belegten Unsicherheit über die Verbreitung von COVID-19, der epidemiologisch nachgewiesenen Lage zum Entscheidungszeitpunkt sowie insb der Möglichkeit der pädagogischen Betreuung am Schulstandort war die Anordnung von ortsungebundenem Unterricht für diesen Zeitraum sachlich gerechtfertigt und verhältnismäßig; kein Verstoß gegen das **Grundrecht auf Bildung** nach Art 2 des 1. Zusatzprotokolls zur EMRK; dieses Grundrecht gewährt kein (ausnahmsloses) Recht auf Präsenzunterricht

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

03.12.2020; [Ra 2020/20/0262](#)

AsylG; BFA-VG; wenn das BVwG das **Unterbleiben einer Belehrung** gem § 13 Abs 4 BFA-VG im Zusammenhang mit der nicht erfolgten persönlichen Vorsprache der Rw bei der Österreichischen Botschaft sieht, ist ihm entgegenzuhalten, dass die in § 13 Abs 4 BFA-VG geregelte Verpflichtung des BVwG nicht an eine bereits erfolgte persönliche Vorsprache geknüpft ist

21.12.2020; [Ro 2020/02/0011](#)

StVO; KrankenanstaltenG; für eine **Blutabnahme** muss der **Verdacht einer Alkoholbeeinträchtigung** bei dem Polizisten entstanden und auch aufrecht sein, der die betroffene Person zur Blutabnahme zum Arzt zu bringen beabsichtigt bzw mit diesem „in Verbindung bringt“, was einer „Verbringung“ gleichzusetzen ist; die betreffende Person ist mit einem Arzt bereits „in Verbindung gebracht“, wenn ein Polizist den Verdacht einer Alkoholbeeinträchtigung hatte und jemanden um eine Blutabnahme ersuchte; dabei ist es unerheblich, wie oder von wem der schlussendlich behandelnde Arzt erfahren hat, dass er eine Blutabnahme vornehmen soll; einer Blutabnahme kann auch konkludent zugestimmt werden, sofern der betroffenen Person vorher mitgeteilt wurde, aus welchem Grund man ihr Blut abnehmen wolle

27.01.2021; [Ra 2020/22/0191](#)

ASVG; Niederlassungs- und AufenthaltsG; ein einmaliges **Erreichen der Richtsätze** in der Vergangenheit ist kein geeigneter Nachweis dafür, dass der Aufenthalt des Fremden während der Dauer des beantragten Aufenthaltstitels zu keiner **finanziellen Belastung einer Gebietskörperschaft** führen könnte, sofern nicht Umstände festgestellt werden, aufgrund derer künftig von einer Änderung der Einkommensverhältnisse auszugehen ist

01.02.2021; [Ra 2020/07/0079](#)

Oö WasserversorgungsgG; § 6 Abs 2 Z 4 Oö WasserversorgungsgG spricht ausdrücklich von „**Kosten für die Wiederherstellung von Anlagen**, die im Zug der Anschlusserrichtung beeinträchtigt werden würden“; in diesem Zusammenhang halten die Materialien fest, dass mit der Formulierung des § 6 Abs 2 Z 4 leg cit „die Kosten für die Herstellung der Anschlusseinrichtungen in einem **weiten Sinn** zu verstehen sind“ (AB 1372/2015 BlgLT 27. GP 13)

12.02.2021; [Ra 2020/02/0164](#)

KraftfahrG; EU-VO zur Harmonisierung best Sozialvorschriften Strassenverkehr; nach der Bestimmung des Art 2 Abs 1 der VO (EG) Nr 561/2006 kommt es nicht auf die ausschließliche, überwiegende oder untergeordnete Güterbeförderung an; es kann somit **für den Anwendungsbereich der VO (EG) Nr 561/2006** festgehalten werden, dass diese VO Kraftfahrer betrifft, welche im Straßenverkehr ein Fahrzeug lenken, welches der Güterbeförderung dient, also zur Güterbeförderung geeignet ist und dessen zulässige Höchstmasse einschließlich Anhänger oder Sattelanhänger 3,5 t übersteigt; ausgehend vom Wortlaut des Art 4 lit a der VO (EG) Nr 561/2006 spielt es keine Rolle, ob das Fahrzeug tatsächlich beladen oder leer ist

16.02.2021; [Ra 2019/03/0062](#)

EisenbahnkreuzungsvV; Anwendung des § 102 Abs 3 EisenbahnkreuzungsvV setzt voraus, dass die bestehende Anlage „an die Bestimmungen der §§ 65, 66, 67, 70 bis 73 und 75 dieser Verordnung angepasst werden“ kann; die Übergangsbestimmung des § 102 Abs 3 leg cit kann nur für **jene Bestandanlagen angewandt werden**, welche zur Gänze fahrtbedingt angeschaltet werden; für Bestandanlagen, welche nur tlw fahrtbedingt angeschaltet werden, kommt hingegen eine Anpassung nach § 102 Abs 3 leg cit nicht in Betracht, zumal die EisenbahnkreuzungsvV eine (sich dadurch allenfalls ergebende) unterschiedliche Sicherung für die beiden Verkehrsrichtungen der Straße und gegen beide Richtungen der Bahn bei Lichtzeichen- bzw Schrankensicherungsanlagen gem § 4 Abs 1 Z 3 und 4 leg cit nicht vorsieht (siehe im Umkehrschluss aus § 7 Abs 1 leg cit)

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 05.01.2021, [W104 2234617-1](#)

UVP-G; Verwaltungsrechtliches COVID-19-BegleitG; hinsichtlich der **Beteiligungsrechte von Parteien** unter COVID-19-Bedingungen ist fraglich, ob diese jedenfalls das Recht haben, an einer physisch abgehaltenen Verhandlung über technische Einrichtungen zur Wort- und Bildübertragung teilzunehmen oder nicht; zwar ging das BVwG unter Rückgriff auf die Erläuterungen davon aus, dass es in seinem (beschränkten) Ermessen stand, ob es eine elektronische Teilnahme anzubieten hatte; fallbezogen kam es zum Schluss, dass die Ermöglichung einer solchen Art der Teilnahme nicht anzubieten war; die Bestimmung des § 3 Abs 3 S 1 Verwaltungsrechtliches COVID-19-BegleitG könnte jedoch so verstanden werden, dass die Möglichkeit zur Ausübung von Parteienrechten über elektronische Mittel jedenfalls anzubieten ist; sodann wäre die Entscheidung durch den VwGH aufzuheben

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[23.03.2021, C-28/20, Airhelp](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5 Abs 3 – **Gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen** – Befreiung von der Ausgleichspflicht – **Begriff ‚außergewöhnliche Umstände‘** – Unter Beachtung der gesetzlichen Anforderungen organisierter Pilotenstreik – ‚Interne‘ und ‚externe‘ Umstände im Hinblick auf die Tätigkeit des ausführenden Luftfahrtunternehmens – **Art 16, 17 und 28 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union** – Kein Eingriff in die unternehmerische Freiheit, das Recht auf Eigentum und das Recht des Luftfahrtunternehmens auf Kollektivverhandlungen

[24.03.2021, Rs C-603/20 PPU, MCP](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorabentscheidungsverfahren – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Art 10 – Zuständigkeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung – **Kindesentführung** – Zuständigkeit der Gerichte eines Mitgliedstaats – Räumliche Reichweite – Verbringen eines Kindes in einen Drittstaat – In diesem Drittstaat erlangter gewöhnlicher Aufenthalt

[24.03.2021, C-950/19, A](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gesellschaftsrecht – Richtlinie 2006/43/EG – Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen – Art 22a Abs 1 Buchst a – **Einstellung eines Abschlussprüfers bei einem geprüften Unternehmen** – Karenzzeit – Verbot der Übernahme einer zentralen Führungsposition in dem geprüften Unternehmen – Verstoß – Schwere und Dauer des Verstoßes – Ausdruck ‚Übernahme einer Position‘ – Bedeutung – Abschluss eines Arbeitsvertrags mit dem geprüften Unternehmen – Unabhängigkeit von Abschlussprüfern – Externer Aspekt

[24.03.2021, C-771/19, NAMA u.a.](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Auftragsvergabe im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor – Richtlinie 92/13/EWG – Nachprüfungsverfahren – Vorvertragliche Phase – Bewertung der Angebote – **Ablehnung eines technischen Angebots und Zulassung des Angebots eines Konkurrenten** – Aussetzung der Vollziehung dieses Aktes – Berechtigtes Interesse des ausgeschlossenen Bieters, die Ordnungsmäßigkeit des Angebots des Zuschlagsempfängers in Frage zu stellen

[25.03.2021, Rs C-907/19, Q-GmbH \(Assurance de risques spéciaux\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2006/112/EG – Mehrwertsteuer – Befreiungen – Art 135 Abs 1 Buchst a – **Versicherungsumsätze und dazugehörige Dienstleistungen, die von Versicherungsmaklern und -vertretern erbracht werden** – Für einen Versicherer bereitgestellte, aus mehreren Dienstleistungen bestehende Leistung – Einstufung als einheitliche Leistung

[25.03.2021, Rs C-307/19, Obala i lučice](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Anwendbares Recht – Verordnung (EG) Nr 864/2007 und Verordnung (EG) Nr 593/2008 – Zeitlicher Anwendungsbereich – Unzuständigkeit des Gerichtshofs – Art 94 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 1 Abs 1 – Sachlicher Anwendungsbereich – **Begriff ‚Zivil- und Handelssachen‘** – Art 7 Nr 1 – Wendungen ‚Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag‘ und ‚Erbringung von Dienstleistungen‘ – Art 24 Nr 1 – **Wendung ‚Miete oder Pacht von unbeweglichen Sachen‘** – Verordnung (EG) Nr 1393/2007 – Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke – Notare, die im Rahmen von Zwangsvollstreckungsverfahren tätig werden – Verfahren zur Beitreibung der Tagesparkscheingebühr für das Abstellen eines Fahrzeugs auf einem Parkplatz, der sich auf einer öffentlichen Verkehrsfläche befindet

[25.03.2021, Rs C-165/19 P, Slovak Telekom / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Art 102 AEUV – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – Slowakischer Markt für Breitband-Internetzugangsdienste – **Regulatorische Verpflichtung der Betreiber mit beträchtlicher Marktmacht, Zugang zum Teilnehmeranschluss zu gewähren** – Von dem auf dem Markt etablierten Betreiber festgelegte Bedingungen für den entbündelten Zugang anderer Betreiber zum Teilnehmeranschluss – Unentbehrlichkeit des Zugangs – Margenbeschneidung – **Kosten – Wettbewerber, der zumindest ebenso effizient ist wie das Unternehmen in beherrschender Stellung** – Verteidigungsrechte

[25.03.2021, Rs C-152/19 P, Deutsche Telekom/ Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Art 102 AEUV – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – Slowakischer Markt für Breitband-Internetzugangsdienste – **Regulatorische Verpflichtung der Betreiber mit beträchtlicher Marktmacht, Zugang zum Teilnehmeranschluss zu gewähren** – Von dem auf dem Markt etablierten Betreiber festgelegte Bedingungen für den entbündelten Zugang anderer Betreiber zum Teilnehmeranschluss – Unentbehrlichkeit des Zugangs – **Zurechenbarkeit des Verhaltens der Tochtergesellschaft an die Muttergesellschaft** – Verteidigungsrechte

[25.03.2021, Rs C-501/18, Balgarska Narodna Banka](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Einlagensicherungssysteme – Richtlinie 94/19/EG – Art 1 Nr 3 Ziff i – Art 7 Abs 6 – Art 10 Abs 1 – Begriff ‚nichtverfügbare Einlage‘ – Feststellung der Nichtverfügbarkeit der Einlage – Zuständige Behörde – Entschädigungsanspruch des Einlegers – Gegen die Richtlinie 94/19 verstoßende Vertragsklausel – Grundsatz des Vorrangs des Unionsrechts – Europäisches System der Finanzaufsicht – Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) – Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 – Art 1 Abs 2 – Art 4 Nr 2 Ziff iii – Art 17 Abs 3 – **Empfehlung der EBA an eine nationale Bankenaufsichtsbehörde betreffend Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um der Richtlinie 94/19 nachzukommen** – Rechtswirkungen – Gültigkeit – Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten – Richtlinie 2001/24/EG – Art 2 siebter Gedankenstrich – Begriff ‚Sanierungsmaßnahmen‘ – Vereinbarkeit mit Art 17 Abs 1 und Art 52 Abs 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Haftung der Mitgliedstaaten bei Verstößen gegen das Unionsrecht – Voraussetzungen – Hinreichend qualifizierter Verstoß gegen das Unionsrecht – Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit – Art 4 Abs 3 EUV – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität

[25.03.2021, C-611/16 P, Xellia Pharmaceuticals und Alpharma / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Kartelle – Pharmazeutische Erzeugnisse – Markt für Antidepressiva (Citalopram) – **Vereinbarungen zur gütlichen Beilegung von Rechtsstreitigkeiten über Verfahrenspatente, die der Hersteller des Originalpräparats und Inhaber der Patente mit Generikaherstellern schließt** – Art 101 AEUV – Potenzieller Wettbewerb – Bezweckte Beschränkung – Einstufung – **Berechnung der Geldbuße** – Verteidigungsrechte – Angemessene Dauer – Verlust von Dokumenten durch Zeitablauf – Allgemeine Sorgfaltspflicht – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 23 Abs 2 Unterabs 2 – Obergrenze der Geldbuße – Berücksichtigung des Geschäftsjahrs, das dem, in dem der Beschluss der Europäischen Kommission erlassen wurde, unmittelbar vorausgegangen ist – Letztes vollständiges Geschäftsjahr mit einer normalen Geschäftstätigkeit

[25.03.2021, Rs C-591/16 P, Lundbeck / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Kartelle – Pharmazeutische Erzeugnisse – Markt für Antidepressiva (Citalopram) – Vereinbarungen zur gütlichen Beilegung von Rechtsstreitigkeiten über die Verfahrenspatente, die der Hersteller des Originalpräparats und Inhaber der Patente mit Generikaherstellern schließt – Art 101 AEUV – Potenzieller Wettbewerb – Bezweckte Beschränkung – Einstufung – Berechnung der Geldbuße – **Umsätze, die mit dem Verstoß in einem unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhang stehen**

B. SCHLUSSANTRÄGE

[22.03, Rs C-930/19, Belgischer Staat \(Droit de séjour en cas de violence domestique\) \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unionsbürgerschaft – Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt innerhalb des Hoheitsgebiets der Mitgliedstaaten – Richtlinie 2004/38/EG – Art 13 Abs 2 – **Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen eines Unionsbürgers – Ehe zwischen einem Unionsbürger und einem Drittstaatsangehörigen** – Aufrechterhaltung des Aufenthaltsrechts des Opfer von Gewalt im häuslichen Bereich gewordenen Drittstaatsangehörigen nach Ende der Ehe – Verpflichtung zum Nachweis ausreichender Existenzmittel – Fehlen einer solchen Verpflichtung in der Richtlinie 2003/86/EG – Gültigkeit – Char-

ta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 20 und 21 – Gleichbehandlung – Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit des Zusammenführenden

[24.03, Rs C-845/19, Okrazhna prokuratura - Varna \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie 2014/42/EU – Einfrieren und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten in der Europäischen Union – Anwendungsbereich – **Einziehung rechtswidrig erworbener Vermögenswerte** – Wirtschaftlicher Vorteil, der als Ergebnis einer Straftat eingetreten ist, die nicht Gegenstand der Verurteilung war – Art 4 – Einziehung – Art 5 – Erweiterte Einziehung – Art 6 – Dritteinziehung – Voraussetzungen – **Einziehung eines Geldbetrags, den ein Dritter als ihm gehörend beansprucht** – Dritter, der nicht das Recht hat, als Beteiligter am Einziehungsverfahren teilzunehmen – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[25.03.2021, Rs C-144/20, LatRailNet \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schienenverkehr – Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum – Entgelt für die Eisenbahninfrastruktur – Richtlinie 2012/34/EU – Art 32 Abs 1 – **Entgelt für das Mindestzugangspaket** – Aufschläge – Voraussetzungen für die Anwendung des Aufschlags – Wettbewerbsfähigkeit – Fähigkeit des Marktes, die Erhebung von Aufschlägen zu tragen

[25.03.2021, Rs C-22/20, Kommission/ Schweden \(Stations d'épuration\) \(GA Kokott\)](#)

Vertragsverletzung – Richtlinie 91/271/EWG – Behandlung von kommunalem Abwasser – **Zweitbehandlung von Abwasser** – Weiter gehende Behandlung von Einleitungen in empfindliche Gebiete – Loyale Zusammenarbeit – Vorlage von Informationen

[25.03.2021, Rs C-21/20, Balgarska natsionalna televizija \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst c – Anwendungsbereich – Erbringung von Dienstleistungen gegen Entgelt – Art 132 Abs 1 Buchst q – Befreiung – **Ausstrahlung von Fernsehsendungen, die teilweise aus dem Staatshaushalt und teilweise durch Tätigkeiten mit gewerblichem Charakter finanziert wird** – Recht auf Vorsteuerabzug

[25.03.2021, Rs C-768/19, Bundesrepublik Deutschland \(Membre de la famille\) \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Internationaler Schutz – Subsidiärer Schutz – Richtlinie 2011/95/EU – Art 2 Buchst j dritter Gedankenstrich – **Anspruch eines Erwachsenen nach nationalem Recht auf subsidiären Schutz als Elternteil eines nicht verheirateten Minderjährigen**, dem subsidiärer Schutz zuerkannt worden ist – Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Minderjährigeneigenschaft

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

25.03.2021, Beschwerde Nr [40324/16 ua](#), Bivolaru und Moldovan / Frankreich

Verletzung von Art 3 EMRK (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) von Herrn Moldovan (Bf); **keine Verletzung von Art 3 EMRK** von Herrn Bivolaru (Bf); Übergabe der Bf an rumänische Behörden aufgrund Europäischen Haftbefehls zum Zweck der Vollstreckung der Haftstrafen; **tatsächliche Gefahr schlechter Haftbedingungen** bei Hr. Moldovan; Informationen stellten solide, faktische Grundlage für Verweigerung der Vollstreckung des Haftbefehls dar; **keine tatsächliche Gefahr der Verfolgung und schlechter Haftbedingungen** bei als Flüchtling anerkanntem Bf Hr. Bivolaru; keine hinreichende solide Tatsachengrundlage um Vollstreckung zu verweigern

VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, BGBl I 16/2020 : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, BGBl I 23/2020 : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 104/2020 , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, BGBl I 138/2020 , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 23/2021 , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 33/2021 , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>

B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020 § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 110/2020 , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020
112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vor-	23.03.2020	13.04.2020

läufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, BGBl II 112/2020 , ausgegeben am 22.03.2020		
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 130/2020 , ausgegeben am 02.04.2020 VfGH: BGBl II 486/2020 : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020 §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020 §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 151/2020 , ausgegeben am 09.04.2020 VfGH: BGBl II 340/2020 : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 BGBl II Nr. 487/2020 : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020 § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	16.03.2020	22.03.2020
107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 107/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 108/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020

148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 148/2020 , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, BGBl II 97/2020 , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl II 152/2020 , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	Keine Angabe
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 427/2020 , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 30/2021 , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>
60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl II 60/2021 , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → BGBl II 95/2021 berichtigt BGBl II 60/2021 : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>

F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
<p>197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), BGBl II 197/2020, ausgegeben am 30.04.2020</p> <p>Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 • Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 484/2020: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 488/2020: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 492/2020: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020</p>	01.05.2020	30.06.2020
<p>207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, BGBl II 207/2020, ausgegeben am 13.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p>	15.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (2. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 231/2020, ausgegeben am 27.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p>	29.05.2020	31.08.2020 § 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
<p>239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (3. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 239/2020, ausgegeben am 28.05.2020</p>	29.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (4. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 246/2020, ausgegeben am 29.05.2020</p>	30.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (5. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 266/2020, ausgegeben am 13.06.2020</p>	15.06.2020	<i>unverändert</i>
<p>287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (6. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 287/2020, ausgegeben am 29.06.2020</p>	01.07.2020	31.12.2020

299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (7. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 299/2020 , ausgegeben am 02.07.2020	03.07.2020	<i>unverändert</i>
332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (8. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 332/2020 , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (9. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 342/2020 , ausgegeben am 29.07.2020	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (10. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 398/2020 , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (11. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 407/2020 , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 412/2020 , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 446/2020 , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung: § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden</i>	16.10.2020 § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (3. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 455/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung: § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft. § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft. § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.</i>	25.10.2020 §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020 §§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft
456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits ab

<p>Maßnahmenverordnung geändert wird (4. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 456/2020, ausgegeben am 22.10.2020</p> <p><i>Anmerkung: Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber nicht wieder in Kraft.</i></p>		03.11.2020 außer Kraft.
COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV		
<p>463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV), BGBl II 463/2020, ausgegeben am 01.11.2020</p> <p><i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.</i></p>	03.11.2020	30.11.2020 § 2 12.11.2020 Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt NotMV 479/2020)
<p>472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, BGBl II 472/2020, ausgegeben am 10.11.2020</p>	11.11.2020	
<p>476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), BGBl II 476/2020, ausgegeben am 11.11.2020</p>	13.11.2020	§2 22.11.2020
<p>544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 544/2020, ausgegeben am 04.12.2020</p>	07.12.2020	23.12.2020 § 2 16.12.2020 16.12.2020 (lt 566/2020)
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 566/2020, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum <u>18. Dezember 2020</u> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und 2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht. <p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung. 	17.12.2020 §§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020	26.12.2020 § 4 (3) Z 3 mit 24.12.2020 außer Kraft

2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung.		
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020 , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020 § 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020	25.12.2020
58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 58/2021 , ausgegeben am 05.02.2021	08.02.2021	17.02.2021
76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 76/2021 , ausgegeben am 17.02.2021	18.02.2021	27.02.2021
94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 94/2021 , ausgegeben am 25.02.2021	28.02.2021	09.03.2021
105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 105/2021 , ausgegeben am 08.03.2020	10.03.2021	14.03.2021
111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 111/2021 , ausgegeben am 12.03.2021	15.03.2021 § 6 (8) mit 01.04.2021	11.04.2021 § 2 mit Ablauf des 24.03.2021
120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 120/2021 , ausgegeben am 23.03.2021	25.03.2021	<i>unverändert</i> §2 mit Ablauf des 03.04.2021
COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV), BGBl II 479/2020 , ausgegeben am 15.11.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird (1. COVID-19-NotMV-Novelle), BGBl II 528/2020 , ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020

598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020 , ausgegeben am 22.12.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 2/2021 , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 17/2021 , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV), BGBl II 27/2021 , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-NotMV), BGBl II 49/2021 , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021

G. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B1.351) getroffen werden (COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV), BGBl II 63/2021 , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 85/2021 , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 98/2021 , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#)

Hinweis: Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmengesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Mag. Amira Hetaba, LL.M., Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschräger, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.